



Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPD-Fraktion im Rat der Stadt Springe

Christlich Demokratische Union

CDU

Fraktion
im Rat der Stadt Springe

An den Rat der Stadt Springe
Sowie den Bürgermeister Herrn Springfeld
über den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaftsförderung

Springe, 08.09.2017

Gemeinsamer Antrag der CDU- und SPD-Fraktion des Rates der Stadt Springe zur Stabilisierung des Haushaltes der Stadt Springe; Abschaffung der Straßenbaubeiträge

Eine moderne, qualitativ gute öffentliche Infrastruktur macht eine Stadt erst für Einwohner, Gäste und Gewerbetreibende attraktiv und lebenswert. Der Ausbau, die Weiterentwicklung und die Erhaltung dieser Infrastruktur stellen für die Stadt Springe -gerade auch vor dem Hintergrund eines Fehlbetrages von ca. 4,7 Millionen Euro im Haushalt 2017- eine große finanzielle Herausforderung dar.

Die gemeinsame, konzentrierte Arbeit in der Haushaltssicherungskommission hat in unseren Fraktionen die Überzeugung wachsen lassen, den Haushaltsausgleich in den nächsten Jahren erreichen zu können. Mit diesem Ausgleich ist es unser Ziel gewesen, die Straßenausbausatzung, ohne eine andere Belastung zu erheben, abzuschaffen.

Bis zum Erreichen des Haushaltsausgleichs möchten wir erreichen, dass die Straßenbaubeiträge auf mehr Schultern zu verteilt werden.

Eine Auswertung der für die nächsten Jahre in Folge von zwingend notwendigen Kanalsanierungen anstehenden Straßenausbaumaßnahmen ergibt einen massiven Anstieg der damit verbundenen Investitionsvolumen. Die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge wird von unseren Fraktionen nur unter der Voraussetzung eines ausgeglichenen Haushaltes mitgetragen.

Eine Kompensation der Straßenbaubeiträge durch eine Anhebung der Grundsteuer schließen wir aus, da der Hebesatz in den nächsten Jahren in einem nicht vertretbaren Maß steigen müsste.

Damit würden erhebliche Ungleichbehandlungen einhergehen. Außerdem dürfen Einnahmen aus der Grundsteuer nicht gesondert für den Straßenausbau festgelegt werden. Grundsätzlich wollen wir darauf hinwirken, dass beim Straßenausbau die günstigsten Varianten zum Tragen kommen.

Im Bewusstsein, dass kein Finanzierungssystem perfekt ist und in Verantwortung für die langfristige und nachhaltige Entwicklung der gesamten Stadt Springe stellt die CDU- und SPD-Fraktion folgenden Antrag:

1.

Die Verwaltung wird beauftragt ein rechtssicheres System zur Abwicklung, der wiederkehrenden Beiträge erstellen zu lassen. Die Einführung soll für 2019 realisiert werden. Bis dahin bleibt die aktuelle Satzung in Kraft. Es ist zu prüfen ob die Erhebung bis zur möglichen Einführung pausieren ist.

2.

Alle Einwohner, die in den vergangenen 15 Jahren auf Grundlage der aktuellen Straßenbaubeitragssatzung Beiträge gezahlt haben, werden von der Zahlung dieser wiederkehrenden Beiträge ausgenommen, 20 Jahre ab Zahlung ihres Beitrages.

3.

Der Rat entscheidet nach Abrechnung aller noch offenen beitragspflichtigen Maßnahmen über eine endgültige Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung. Die Verwaltung wird beauftragt jährlich mit Einbringung der Haushaltssatzung über den Stand der Abrechnungen zu berichten.

4.

Die Verwaltung legt zur Erstellung eines Budgets dem Rat eine Planung für den Straßenunterhalt sowie den Straßenausbau für die nächsten 5 Jahre kontinuierlich vor. Der Straßenunterhalt soll dem Straßenausbau vorgehen, Verbesserungen müssen explizit begründet werden.

5.

Die Verwaltung prüft einen Gebührentatbestand für die Abrechnung von Straßenbaumaßnahmen die durch Ver- / Entsorger veranlasst werden. Bei Beteiligung aber nicht Veranlassung von Maßnahmen durch die Ver- / Entsorger ist ebenfalls eine anteilige Abrechnung zu prüfen. Zur Vereinfachung können Pauschalbeträge entworfen werden.

Bastian Reinhardt
Fraktionsvorsitzender

Wilfred Nikolay
Fraktionsvorsitzender